

15.58

**Abgeordneter Jürgen Schabhüttl** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Bundesminister! Hohes Haus! Sehr geehrte Zuseher auf der Galerie und zu Hause vor den Fernsehapparaten! Die heutige Änderung des Asylgesetzes, diese Novelle, steht für mich unter der Überschrift: Ordnung und Sicherheit wahren.

Lassen Sie mich kurz zurückblicken: Wir haben im letzten Jahr, 2015, 90 000 Flüchtlinge aufgenommen, das sind, umgerechnet auf die Einwohnerzahl, die meisten in ganz Europa. Wir haben uns massiv für die europäische Lösung eingesetzt, für die Grenzsicherung der Schengen-Grenze, für die Hotspots, und wir setzen uns nach wie vor massiv dafür ein, aber – und jetzt kommt das große Aber –: Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass diese europäische Lösung nicht in Sicht ist.

Der Flüchtlingsstrom wird auch in Zukunft nicht abreißen (*Abg. **Belakowitsch-Jenewein**: Und was macht der Herr Bundeskanzler?*), und wir können nicht noch einmal 90 000 Flüchtlinge in einem Jahr aufnehmen. Wir müssen innerstaatliche Maßnahmen setzen, damit wir den sozialen Frieden in Österreich nicht gefährden.

Aufgrund dessen hat es dann diesen Asylgipfel gegeben, bei dem gemeinsam – die Bundesregierung mit den Ländern und den Gemeinden – ein Richtwert von 37 500 für dieses Jahr festgesetzt wurde. Und wenn wir diesen Richtwert ernst nehmen und einhalten wollen, dann brauchen wir auch die entsprechenden Rahmenbedingungen dazu.

Ich sage ganz offen: Ja, es sollen durch dieses Gesetz der Zugang und die Migration nach Österreich erschwert und reduziert werden. Ja, ich sage auch das offen, es soll auch der Familiennachzug erschwert beziehungsweise erst nach Erfüllung bestimmter Kriterien ermöglicht werden. Und ja, für den Fall, dass Ordnung und Sicherheit in Gefahr sind, weil der Flüchtlingsstrom zu groß ist oder dies zu erwarten ist, soll es Sonderbestimmungen geben, nach denen per Verordnung die Bundesregierung im Einvernehmen mit dem Hauptausschuss des Nationalrates dies beschließen kann.

Ich bin überzeugt davon, dass dies ein verantwortungsbewusster und guter Zugang ist. Warum sage ich das? – Weil wir nicht alle, die zu uns kommen, aufnehmen können.

Interessanterweise hat das sogar Frau Kollegin Korun im Innenausschuss so gesagt: Wir können nicht alle aufnehmen! – Weil wir nicht für alle Wohnungen, für alle Volksschul- oder Kindergartenplätze und schon gar nicht für alle Arbeitsplätze haben. (*Zwischenruf der Abg. **Korun**.*)

Und weil Sie vom Gewissen reden: Wir alle hier haben ein Gewissen, und es wäre verantwortungslos, wenn wir nichts dagegen unternehmen würden.

Das verantwortungsbewusste Handeln mit der Fassung dieses Beschlusses, nämlich mit dieser Gesetzesänderung, sind wir in erster Linie unserer Bevölkerung, in weiterer Folge unseren Sicherheitsbehörden, der Polizei, dem Bundesheer, die diese Gesetze vollziehen, und nicht zuletzt denen, die zu uns nach Österreich kommen und deren Integration, schuldig. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP sowie bei Abgeordneten der FPÖ.)*

16.02

**Präsidentin Doris Bures:** Nächster Redner: Herr Abgeordneter Schmid. – Bitte.